

Bericht

über die 23. Tagung des Statistischen Beirats
am 18. Mai 1976

Anwesende:

Präsidentin Dr. Bartels Statistisches Bundesamt Wiesbaden
(als Vorsitzende)

A. Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dr. Ordemann	Bundesmin. des Innern	Bonn-Tannenbusch
Pohl	Bundesmin. des Innern	Bonn-Tannenbusch
Dr. Friebe	Bundesmin. der Finanzen	Bonn
Dr. Raabe	Bundesmin. für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. Kolfenbach	Bundesmin. für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Dr. Pfeleiderer	Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Hix	Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Frau Wiese	Bundesmin. für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Legat	Bundesmin. für Verkehr	Bonn-Bad Godesberg
Meinel	Bundesmin. für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Menge	Bundesmin. für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bonn-Bad Godesberg
Frau Quante	Bundesmin. für Forschung und Technologie	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Freund	Bundesmin. für Bildung und Wissenschaft	Bonn-Bad Godesberg
Gebauer	Bundesmin. für wirtschaft- liche Zusammenarbeit	Bonn
Frau Dr. Riethmüller	Bundesrechnungshof	Frankfurt
Honscha	Bundesrechnungshof	Frankfurt
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Kraus	Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt - Statistik	Hannover
Dr. Matti	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Benker	Landesamt für Datenver- arbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Benz	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Prof. Dr. Szameitat	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Scheingraber	Bayerisches Statistisches Landesamt	München
Dr. Kunkel	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Prof. Dr. Hanisch	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Wimmer	Deutscher Städtetag	Köln
Bamberger	Deutscher Städtetag	Köln
Dr. Meichsner	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Peckolt	Bundesverband der Deut- schen Industrie e.V.	Köln
Petersen	Bundesverband der Deut- schen Industrie e.V.	Köln
Dr. Schwartz	Bundesverband der Deut- schen Industrie e.V.	Köln
Dr. Rohmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deut- schen Handwerks	Bonn
Dr. Oehler	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln

Dr. Matenaar	Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels e.V.	Bonn
Langsch	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Siegmund	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt
Frau Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt
Husmann	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Dr. Brandi	Bundesverband der freien Berufe	Düsseldorf
Nienhaus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V.	Köln
Dr. Markmann	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH (WSI)	Düsseldorf
Dr. Hülnden	Deutscher Beamtenbund	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Fratzscher	Verband der Landwirtschaftskammern	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Geißendörfer	Deutscher Bauernverband e.V.	Bonn-Bad Godesberg
Prof. Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Prof. Dr. Schwenzner	Präsidialausschuß Marktforschung beim Rationalisierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft (RKW)	Frankfurt
Frau Wallenfang	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	Köln
Danielzig	Statistik der Kohlenwirtschaft	Essen

D. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. Mohr	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder	Bonn
----------	---	------

E. Statistisches Bundesamt

Dr. Jacob; Schlüter, Zindler, Dr. Hamer, Prof. Sobotschinski, Herberger, Kunz, Hansen, Dr. Schwarz; Gruppenleiter und Referenten.

Tagesordnung

Seite

I. <u>Bericht über den Stand der Überprüfung des Programms der amtlichen Statistik im Abteilungsleiterausschuß Statistik</u>	2
II. <u>Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971 bis 1976</u>	
1. Schwerpunkte und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes	6
2. Ausgewählte fachliche Probleme	6
2.1 Neue Schwerpunkte in der Agrarstatistik	6
2.2 Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe	9
2.3 Stand der Umweltstatistiken	14
2.4 Ausbau der Bildungsstatistiken	14
2.5 Stand der Arbeiten an der Beschäftigten- und Entgeltstatistik	16
2.6 Weiterentwicklung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst	17
2.7 Die Arbeiten an der Statistischen Datenbank	18
2.8 Veröffentlichungen	23
3. Sonstige allgemeine Aufgaben im Rahmen der Amtsarbeit	23
4. Schwerpunkte der Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Statistik	25
III. <u>Verschiedenes</u>	25

B e r i c h t

Präsidentin Dr. Bartels eröffnet die 23. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer, darunter vor allem die neuen Beiratsmitglieder. Auf die personellen Veränderungen eingehend, würdigt sie insbesondere die langjährige Mitarbeit von Dipl.-Volkswirt Schünemann als Vertreter des Zentralverbands des Deutschen Handwerks. Herr Schünemann, der in den Ruhestand getreten ist, gehörte dem Statistischen Beirat seit dessen Gründung und zuvor schon seit 1948 dem Statistischen Ausschuß für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet an.

Über die Änderungen in der Organisation des Statistischen Bundesamtes zum 1. April 1976 sind die Mitglieder des Statistischen Beirats durch den neuen Organisationsplan des Amtes unterrichtet worden. Die in einigen Punkten geänderte und insgesamt gestraffte Amtsorganisation soll vor allem die Koordination und Rationalisierung der Amtsarbeiten erleichtern.

Zur Tagesordnung führt Frau Dr. Bartels aus, daß die Beiratstagung diesmal nicht - wie in den letzten Jahren - unter ein Generalthema gestellt wurde. Im Mittelpunkt der Erörterungen sollen vielmehr die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes während der letzten fünf Jahre stehen. Als Besprechungsunterlage hierzu wurde der Bericht "Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971 - 1976" vorgelegt, der einen zusammenfassenden Überblick über Stand und Weiterentwicklung des statistischen Instrumentariums vermittelt. Wie einige schon vorliegende Reaktionen erkennen lassen, war diese Veröffentlichung, in die das Amt viel Arbeit investiert hat, vielen Beiratsmitgliedern als aktuelle Bestandsaufnahme der statistischen Arbeit sehr willkommen.

Zu Punkt I der Tagesordnung begrüßt Frau Dr. Bartels Ministerialdirektor Dr. Ordemann vom Bundesministerium des Innern, der über den Stand der Arbeiten an der Überprüfung des Programms der amtlichen Statistik im Abteilungsleiterausschuß Statistik berichten wird. Der Statistische Beirat soll damit über eine Entwicklung auf dem laufenden gehalten werden, die für die künftigen Arbeiten der amtlichen Statistik von großer Bedeutung ist.

Ergänzungswünsche zur Tagesordnung liegen aus dem Kreis der Beiratsmitglieder nicht vor. Das Statistische Bundesamt meldet zum Punkt "Verschiedenes" die Einladung von Vertretern der Hochschulen zu den künftigen

Sitzungen des Beirats und die Wahl des Themas für die nächste Beiratstagung an.

I. Bericht über den Stand der Überprüfung des Programms der amtlichen Statistik im Abteilungsleiterausschuß Statistik

Anknüpfend an die Behandlung dieses Fragenkomplexes auf vorangegangenen Tagungen des Statistischen Beirats geht Ministerialdirektor Dr. Ordemann vom Bundesministerium des Innern in seinem Bericht über den Stand der Überprüfung des Programms der amtlichen Statistik im Abteilungsleiterausschuß Statistik vor allem auf die Arbeiten ein, die aufgrund des Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung vom 12. März 1975 in die Wege geleitet wurden. Der durch diesen Beschluß eingesetzte Abteilungsleiterausschuß Statistik hat zur Vorbereitung der ihm übertragenen Überprüfung des statistischen Programms auf seine politische Notwendigkeit zunächst eine Bestandsaufnahme aller bestehenden und bis zum Jahre 1981 geplanten Bundesstatistiken durchgeführt. Darauf aufbauend wurden in einem weiteren Arbeitsschritt für jede einzelne Statistik bzw. für jedes Planungsvorhaben von den federführenden Bundesressorts Angaben über Verwendungszweck und politische Bedeutung der statistischen Ergebnisse einschließlich der Kosten der Statistik für Bund und Länder anhand eines standardisierten Fragebogens eingeholt. Durch Einsetzung eines Kontaktgremiums der Länder auf Beschluß der Ständigen Konferenz der Innenminister am 18./19. September 1975 wurde sichergestellt, daß die Länder frühzeitig in die Beratungen auf Bundesebene eingeschaltet werden.

Mit der Einzelüberprüfung der Bundesstatistiken, die ressortweise in der nach dem Kabinettsbeschluß vorgeschriebenen Form erfolgt, hat der Abteilungsleiterausschuß Statistik im Januar 1976 begonnen. In das Prüfverfahren werden u.a. auch die von Baden-Württemberg im Bundesrat eingebrachten Anträge und die Anregungen der Amtsleiterkonferenz beim Statistischen Bundesamt miteinbezogen. Im einzelnen wurden bisher die Statistiken des Bundesministers der Justiz, des Bundesministers für Verkehr und des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau behandelt; ein vorläufiger Abschluß konnte für die Statistiken des Bundesministers der Justiz erzielt werden.

Wie Dr. Ordemann ausführt, haben die Tätigkeit des Abteilungsleiterausschusses Statistik sowie bestimmte Einzelmaßnahmen der Bundesregierung bereits zu einer Zurückstellung bzw. Einschränkung von Vorhaben auf dem Gebiet der Agrarstatistik, der Bevölkerungsstatistik, der Verkehrs-

statistik und der Sozialstatistik geführt. Insofern ist auf die Darlegungen in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Gerster und Genossen betr. Straffung und Rationalisierung der Statistik des Bundes vom 9. März 1976 (Bundestagsdrucksache 7/4840) hinzuweisen. Hinsichtlich der durch Rechtsvorschriften der Europäischen Gemeinschaften angeordneten Statistiken ist künftig von den durch Beschluß des Bundeskabinetts vom 29. September 1975 festgelegten restriktiven Grundsätzen auszugehen. Danach ist bei neuen und erweiterten Gemeinschaftsaufgaben angesichts der begrenzten Finanzmittel ein äußerst strenger Maßstab anzulegen, der ggf. die vorherige Zustimmung der Bundesregierung erforderlich macht. Bei allen diesen Erwägungen muß allerdings sichergestellt werden, daß es zu keinem Stillstand auf dem Gebiet der amtlichen Statistik kommt. Ein wesentliches Anliegen der eingeleiteten Arbeiten ist es vielmehr, neben der Entlastung des statistischen Dienstes vor allem Raum für die Inangriffnahme vordringlicher neuer Aufgaben im statistischen Bereich zu schaffen.

Der vom Bundesministerium des Innern angestrebte Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten wird nach Auffassung von Dr. Ordemann noch langwierige Abstimmungsgespräche im Abteilungsleiterausschuß Statistik erforderlich machen. Dennoch geht die Bundesregierung nach wie vor von der Erwartung aus, daß die Arbeiten im wesentlichen im Laufe des Jahres 1976 abgeschlossen werden können. Anschließend sollen die erforderlichen gesetzgeberischen Maßnahmen durch den Bundestag beraten werden. Bei den weiteren Arbeiten hofft das Bundesinnenministerium auch künftig auf die Unterstützung aller an der statistischen Arbeit beteiligten Stellen.

Mit dem Hinweis auf das dringende Interesse der Statistischen Ämter an einem baldigen erfolgreichen Abschluß der Arbeiten an der Straffung des statistischen Arbeitsprogramms eröffnet Frau Dr. Bartels die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an die wachsenden Probleme, die einer ordnungsgemäßen Durchführung gesetzlich angeordneter Statistiken und einer zeitnahen Bereitstellung der Ergebnisse entgegenstehen und äußert die Hoffnung, daß die Statistischen Ämter durch eine Entlastung des traditionellen Arbeitsprogramms in die Lage versetzt werden, wichtige Zukunftsaufgaben in Angriff nehmen zu können.

Unter verfahrenstechnischen Gesichtspunkten hält es Dr. Scheingraber für vordringlich, eine frühzeitige und umfassende Unterrichtung der Länder

über die Beratungsergebnisse im Abteilungsleiterausschuß Statistik sicherzustellen. Hierfür sind - wie Dr. Ordemann in seiner Antwort klarstellt - ebenso Vorkehrungen getroffen worden, wie hinsichtlich der von Dr. Pfeleiderer geforderten Berücksichtigung der Belange jener Bundesressorts, die nicht zu den ständigen Mitgliedern des Abteilungsleiterausschusses Statistik gehören.

Auf die Zielsetzung der Überprüfungsarbeiten im Abteilungsleiterausschuß Statistik eingehend, warnt Prof. Krengel davor, einseitig Kostengesichtspunkte in den Vordergrund zu stellen. Insbesondere sollte nicht übersehen werden, daß bei Einschränkungen im Datenangebot der amtlichen Statistik die Gefahr besteht, daß Erhebungen außerhalb des statistischen Apparates in gleicher oder abgewandelter Form weitergeführt werden. Hierbei ist - abgesehen von methodischen Vorbehalten - nicht auszuschließen, daß sich die Kosten, sowohl in bezug auf die aus öffentlichen Haushalten aufzubringenden Mittel, als auch hinsichtlich eventueller zusätzlich bei den Benutzern entstehender Bearbeitungskosten, insgesamt erhöhen.

Dr. Peckolt, der diesen Überlegungen beipflichtet, leitet daraus die Forderung ab, in eine Kostenbetrachtung neben den beim Bund entstehenden Kosten zumindest auch die Länderkosten einzubeziehen. In weiterführenden Untersuchungen sollte ferner geprüft werden, ob der in der Bundesrepublik bestehende Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der amtlichen Statistik wirklich die kostengünstigste und effizienteste Lösung ist. Dabei wäre eine Vielzahl methodischer und organisatorischer Einzelprobleme, wie die Aktualität der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen und deren sachliche und regionale Tiefengliederung, der Datenfluß und -austausch zwischen den Statistischen Ämtern und der Zugang der Statistischen Landesämter zu elektronischen Datenverarbeitungsanlagen sowie die Abstimmung zwischen Bundes- und Länderinteressen im Programm der Bundesstatistik zu berücksichtigen.

Prof. Szameitat teilt die Auffassung, daß zwischen den Arbeiten an der Straffung des statistischen Arbeitsprogramms und den Grundsatzfragen der Organisation des statistischen Dienstes enge Wechselwirkungen bestehen. Allerdings sollte nach seiner Meinung - ausgehend von dem erklärten Ziel, bei der Überprüfung des Programms der amtlichen Statistik möglichst rasch zu greifbaren Ergebnissen zu kommen - zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf eine Debatte über Organisationsgrundsätze verzichtet werden.

Stattdessen wäre zu überlegen, ob die Arbeiten im Abteilungsleiterausschuß Statistik nicht durch eine stärkere Konzentration auf eine frühzeitige sach- und termingerechte Planung des künftigen Arbeitsprogramms der amtlichen Statistik noch wirkungsvoller angelegt werden könnten. Ergänzend fordert Dr. Mohr (StLA SchH), auch die Arbeiten an der Überprüfung des laufenden Programms der Bundesstatistik beschleunigt zu Ende zu führen, um weitere Haushaltskürzungen und Personaleinsparungen zu vermeiden, die in mehreren Ländern - zum Teil im Vorgriff auf zu erwartende Einschränkungen - bereits verordnet wurden.

In seinem Ausblick auf die weitere Arbeitsplanung des Bundesministeriums des Innern entkräftet Dr. Ordemann mit dem Hinweis auf die Einbeziehung aller statistischen Vorhaben bis 1981 zunächst die Befürchtung, daß die Überprüfung des Arbeitsprogramms zu wenig auf die Zukunftsaufgaben der Statistischen Ämter ausgerichtet sein könnte. Auf Frage von Dr. Nellessen stellt er ferner heraus, daß mit der Einsetzung des Abteilungsleiterausschusses Statistik auch die Voraussetzungen geschaffen wurden, bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ressorts eine abschließende Entscheidung der Bundesregierung über das Programm der Statistik herbeizuführen. Zuvor sind allerdings alle Möglichkeiten für einen sachgerechten Ausgleich auszuschöpfen und - wie insbesondere von Dr. Raabe und Dr. Friebe betont - auch die Länder, wie vorgesehen, in die Einzelberatungen einzuschalten. Entsprechende Vorbereitungen hat das Bundesministerium des Innern bereits in die Wege geleitet.

Die Anregungen aus der Diskussion zusammenfassend, schlägt Frau Dr. Bartels vor, den Fragenkomplex der Organisation des statistischen Dienstes in seinen verschiedenen Aspekten auf einer der nächsten Beirats tagungen eingehender zu diskutieren. Als Unterlage für dieses Thema könnte u.a. auch das Gutachten über Rationalisierungsmöglichkeiten der Bundesstatistik herangezogen werden, das der Präsident des Bundesrechnungshofes als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung im Auftrag des Bundesministers des Innern und des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im März 1976 vorgelegt hat. Hierfür spricht sich - angesichts der grundsätzlichen Bedeutung der Ausführungen im Gutachten - auch Dr. Nellessen aus. Auf Wunsch des Beirats erklärt sich das Bundesministerium des Innern bereit, die Möglichkeit einer Verteilung des Gutachtens zusammen mit dem Haushaltsausschuß zu prüfen.

II. Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971 bis 1976

1. Schwerpunkte und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes

Frau Dr. Bartels schlägt einleitend vor, die Diskussion abschnittsweise nach der im Bericht "Die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971 - 1976" vorgegebenen Gliederung zu führen. Da zu der problemorientierten Darstellung in Abschnitt 1. "Schwerpunkte und Probleme der Weiterentwicklung des statistischen Gesamtbildes" keine Wortmeldungen erfolgen, tritt der Beirat unmittelbar in die Diskussion des Abschnitts 2. "Ausgewählte fachliche Probleme" ein. Zu den einzelnen Arbeitsgebieten geben die zuständigen Abteilungsleiter des Statistischen Bundesamtes jeweils kurze einführende Erläuterungen.

2. Ausgewählte fachliche Probleme

2.1 Neue Schwerpunkte in der Agrarstatistik

Dr. Hamer stellt in den Mittelpunkt seiner zusammenfassenden Ausführungen über die Entwicklung der Landwirtschaftsstatistiken in den letzten fünf Jahren die neuen Möglichkeiten, die sich durch den Aufbau der Agrarberichterstattung eröffnen. Durch die Vergabe von Betriebsnummern und die laufende Führung von Betriebsdateien unter Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung wurden im Rahmen der Agrarberichterstattung die Voraussetzungen geschaffen, die in den landwirtschaftlichen Betrieben zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit getrennten Fragebogen bereits regelmäßig erhobenen Angaben über Bodennutzung, Viehhaltung und Arbeitskräfte ohne zusätzlichen Erhebungsaufwand betriebsweise zusammenzuführen und im Betriebszusammenhang auszuwerten. Damit wird es in Zukunft möglich sein, entsprechend dem zweijährigen Turnus der Agrarberichterstattung betriebsbezogene Strukturdaten bereitzustellen, um - angesichts der raschen und tiefgreifenden Umstrukturierungs- und Anpassungsprozesse in der Landwirtschaft - eine regelmäßige Beobachtung der Betriebsverhältnisse und ihrer Veränderungen zu ermöglichen. Zugleich sollen auf diesem Wege die bei der Landwirtschaftszählung 1971 eingeführte neue Systematisierung der Betriebe nach ihrer Produktionsrichtung (Typisierung) und die sozialökonomische Gliederung fortgeführt werden. Während für die erste Berichterstattung (1975) noch Übergangs-

regelungen vorgesehen sind, wird das Programm der Agrarberichterstattung im Jahre 1977 voraussichtlich voll erfüllt werden können. Die aufgrund internationaler Empfehlungen für das Jahr 1979/80 angesetzte nächste Landwirtschaftszählung wird für die Bundesrepublik Deutschland zu einem großen Teil ebenfalls durch die Agrarberichterstattung abgedeckt werden können.

Wie Dr. Hamer abschließend ausführt, wird es angesichts der besonderen Verhältnisse im Bereich der Landwirtschaft, die u.a. durch die große Zahl relativ kleiner Betriebe und die geringe Verbreitung der Buchführung gekennzeichnet sind, auch in Zukunft nicht möglich sein, auf die traditionellen Statistiken über Flächen, Kulturarten, durchschnittliche Erträge, Viehhaltung usw. zu verzichten. Die amtliche Statistik wird deshalb - gemäß den Darlegungen im Beiratsbericht - die in verschiedenen Teilbereichen der Agrarstatistik eingeleiteten Maßnahmen zur weiteren Verbesserung des statistischen Instrumentariums im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten fortsetzen.

Als Resümee hält Frau Dr. Bartels fest, daß auf dem Gebiet der Landwirtschaftsstatistiken eine erhebliche Verbesserung des Datenangebots, insbesondere für Untersuchungen über betriebliche und soziale Verhältnisse, zu verzeichnen ist, die - unter weitgehendem Verzicht auf die Einführung neuer Statistiken - im wesentlichen durch bessere Ausschöpfung bereits vorhandenen Materials erreicht werden konnte. Diese Entwicklung wird - wie die Diskussion zeigt - von den Beiratsmitgliedern allgemein begrüßt. Nach Ansicht von Prof. Szameitat kommt es nunmehr darauf an, sich im Interesse einer Konsolidierung des Erreichten bei den Planungen zum weiteren Ausbau des agrarstatistischen Instrumentariums Zurückhaltung aufzuerlegen. Dies gilt vor allem auch hinsichtlich der von den Statistischen Ämtern mit Sorge beobachteten Entwicklung, außerhalb des Programms der amtlichen Statistik Erhebungen zu Spezialproblemen im Agrarbereich durchzuführen.

In seiner Erwiderung weist Dr. Pfleiderer darauf hin, daß sich das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Bundesbereich um eine möglichst weitgehende Abstimmung bemüht. Nur begrenzten Einfluß hat sein Ressort allerdings auf Sondererhebungen in den Ländern. Hierbei handelt es sich, wie Dr. Fratzscher ergänzend ausführt, vor allem um Erhebungen, die u.a. von den Landwirtschaftskammern - zum Teil in regelmäßigen Abständen - durchgeführt werden. Die Berechtigung dieser Statistiken ist darin zu sehen,

daß sie hinsichtlich der für spezielle Planungen erforderlichen fachlichen bzw. regionalen Gliederungstiefe das Programm der amtlichen Statistik in vielen Fällen überfordern würden. Den wichtigsten Beitrag zur Vermeidung zusätzlicher Erhebungen könnte die amtliche Statistik nach Auffassung von Dr. Fratzscher dadurch leisten, daß sie ihre Ergebnisse künftig nach Möglichkeit schneller als bisher zur Verfügung stellt. Unter diesem Aspekt sollte nach seiner Meinung vor allem die Forderung von Prof. Szameitat berücksichtigt werden, das Programm der nächsten Landwirtschaftszählung zugunsten einer beschleunigten Veröffentlichung der Ergebnisse zu entlasten. Diese Zielsetzung deckt sich - wie Dr. Pfeleiderer darlegt - mit den Absichten, die das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten bei der Einführung der Agrarberichterstattung verfolgt hat.

Abschließend wendet sich die Diskussion dem Teilaspekt der Verbesserung des erntestatistischen Instrumentariums zu. Dr. Nellessen zieht aus den Ergebnissen der vom Statistischen Bundesamt im Jahre 1974 eingeführten Ernteertragsvorausschätzungen für Getreide aufgrund von Witterungsdaten nach dem von Prof. Hanus entwickelten Verfahren den Schluß, daß das bestehende System der Ernteberichterstattung eingeschränkt bzw. auf längere Sicht abgebaut werden kann. Hierzu gibt Herr Hix zu bedenken, daß die für Länderzwecke benötigte Regionalisierung der Erntevorausschätzungen mit diesem Verfahren aus methodischen Gründen nicht erreichbar ist. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten versucht jedoch in enger Abstimmung mit den Ländern und unter Einschaltung des Arbeitskreises "Verfahrensfragen der Erntestatistik" Lösungen zu finden, die auch die unterschiedlichen Länderbelange berücksichtigen. Allerdings dürfte - wie Dr. Mohr (StLA SchH) anmerkt - ein völliger Verzicht auf die Ernteberichterstattung schon deshalb nicht in Betracht kommen, weil die Methode von Prof. Hanus von Zeit zu Zeit anhand der Ergebnisse dieser Statistik überprüft werden muß. Überdies bleibt abzuwarten, wie sich das neue Verfahren der Ernteprognose in Jahren mit außergewöhnlichen Witterungs- und Ertragsverhältnissen bewähren wird. Die amtliche Statistik bleibt dennoch aufgefordert, sich abzeichnende Einsparungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet konsequent auszunutzen.

2.2 Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe

In seinem Überblick über die mit dem Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe erreichte Neuregelung und Vereinheitlichung der Statistiken in diesem Bereich geht Prof. Sobotschinski vor allem auf das Zusammenspiel der kurzfristigen, jährlichen sowie der in mehrjährlichem Turnus stattfindenden Erhebungen und deren gegenseitige Abstimmung und Verzahnung ein. In diesem Zusammenhang erläutert er als wichtigste Fortschritte vor allem die Einbeziehung des Produzierenden Handwerks in den Erhebungsbereich, die Erfassung aller Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten mit allen örtlichen Einheiten sowie die Einführung jährlicher zentraler Kostenstrukturstatistiken für Unternehmen und fachliche Unternehmensteile. Ferner stellt er die Bedeutung der einheitlichen Kartei bei Bund und Ländern für die Funktionsfähigkeit des Systems heraus.

Zum Zeitplan führt Prof. Sobotschinski aus, daß die Umstellungsphase für die Statistiken im Produzierenden Gewerbe voraussichtlich 1978/79 abgeschlossen sein wird. Nachdem die zentrale Kostenstrukturstatistik für Unternehmen bereits angelaufen ist, wird ab 1977 die monatliche Berichterstattung nach dem neuen Konzept in vollem Umfang einsetzen. Die Umstellungsarbeiten sind so angelegt, daß die kurzfristigen Indikatoren trotz der Änderungen im Berichtskreis und in der Systematik so dargeboten werden können, daß der Zeitvergleich - insbesondere für konjunkturpolitische Zwecke - gewährleistet bleibt.

Auf Fragen von Prof. Krengel und Dr. Hanau, die unter Hinweis auf Verzögerungen in der kurzfristigen Berichterstattung im Zusammenhang mit dem Übergang auf die SYPRO die Befürchtung äußern, daß sich diese Entwicklung mit der fortschreitenden Umstellung des Berichtssystems verstärken könnte, erläutert Prof. Sobotschinski die vom Statistischen Bundesamt getroffenen Maßnahmen im einzelnen. Danach ist vorgesehen, für eine Übergangszeit, deren Länge von den auftretenden Umstellungsschwierigkeiten abhängig ist, Doppelaufbereitungen für den bisherigen und den neuen Berichtskreis vorzunehmen. Diese Forderung wird - wie von Dr. Raabe in der Diskussion vorgetragen - insbesondere auch vom Bundesministerium für Wirtschaft erhoben, um die Kontinuität der Ergebnisse zu gewährleisten. Darüber hinaus wird sich das Statistische Bundesamt bemühen, möglichst rasch vergleichbare Zeitreihen bis zurück zum Jahre 1962 vorzulegen. Davon von den Länderwirtschaftsministerien bei den Statistischen Landes-

ämtern entsprechende Forderungen hinsichtlich der Bereitstellung von Länderergebnissen bereits vorgebracht wurden bzw. noch zu erwarten sind, spricht sich Dr. Raabe auch auf diesem Gebiet für ein abgestimmtes Vorgehen von Statistischem Bundesamt und Statistischen Landesämtern aus.

In Beantwortung einer Frage von Prof. Krengel nach der Aussagefähigkeit der Auftragseingangsstatistik in bestimmten Wirtschaftsbereichen und ihrer möglichen Verbesserung geht Prof. Sobotschinski auf die Änderungen gemäß dem neuen Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe ein. Während bisher - zur Ausschaltung von Schwankungen im Berichtskreis - die in der Voraufbereitung der rd. 18000 meldenden Betriebe gewonnenen Auftragseingangswerte je Industriezweig auf den Berichtskreis des gesamten monatlichen Industrieberichts über Umsatzangaben hochgerechnet werden mußten, wird dieses komplizierte Verfahren künftig entfallen können. Stattdessen wird ab Januar 1977 die monatliche Auftragseingangsstatistik vollständig in das Erhebungs- und Aufbereitungssystem des Monatsberichts für Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie im Bauhauptgewerbe integriert.

Ungeachtet dieser Verbesserungen im Erhebungsverfahren bleiben die Termenschwierigkeiten der Auftragseingangsstatistik auch nach der Neuregelung bestehen. Dies gilt nach Ansicht von Frau Dr. Bartels um so mehr, als die Ergebnisse sowohl in regionaler als auch in tiefer fachlicher Gliederung zu veröffentlichen sind. Diese anspruchsvollen Anforderungen verursachen bei den Firmen, insbesondere bei den Mehrbetriebsunternehmen, umfangreiche Aufteilungsarbeiten, die innerhalb der üblichen Fristen für die Bereitstellung der Ergebnisse nur unter größten Schwierigkeiten erfüllt werden können. Wenn - wie von Dr. Raabe in der Diskussion ausgeführt und von Dr. Hanau bekräftigt - angesichts der Bedeutung der Auftragseingangsstatistik für die Konjunkturbeobachtung keine Verlängerung der Termine in Frage kommt, sollte nach Auffassung von Frau Dr. Bartels überlegt werden, ob nicht im Interesse der Beschleunigung auf Unternehmensmeldungen übergegangen und auf bestimmte fachliche Untergliederungen verzichtet werden kann. Aus der Sicht

des Bundes hält Dr. Raabe eine Einschränkung der regionalen Gliederung für erwägenswert; allerdings sollten zuvor alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, durch organisatorische Maßnahmen doch noch eine zeitgerechte Bereitstellung der Zahlen zu erreichen. Hierfür spricht nach seiner Auffassung auch, daß die Ablieferungstermine von einigen Ländern eingehalten werden können.

Als weiteres Teilproblem wird vom Statistischen Bundesamt das künftige Verfahren bei der Lieferung von Einzelangaben aus den Statistiken des Produzierenden Gewerbes durch die Statistischen Landesämter angesprochen. Wie Frau Dr. Bartels ausführt, liegt dem Statistischen Bundesamt daran, einige Mißverständnisse hinsichtlich Umfang und Periodizität des benötigten Zahlenmaterials auszuräumen. Prof. Sobotschinski geht deshalb näher auf die Anforderungen und die mit ihnen verfolgten Ziele ein. Er erinnert daran, daß durch die Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe für das Verarbeitende Gewerbe auch eine Umgestaltung der bisherigen Unternehmens- einschl. Investitionserhebungen in der Form erfolgt, daß ab 1977 die Unternehmenserhebung durch die in den Monatsstatistiken enthaltenen und zu einem Jahresunternehmensergebnis zusammengefaßten Unternehmensangaben ersetzt wird. Für die Kumulation sind die Statistischen Landesämter zuständig. Das Statistische Bundesamt stellt die Bundesergebnisse zusammen und benötigt darüber hinaus einmal jährlich Einzelangaben je Unternehmen und je Betrieb als Auswahlgrundlage und Hochrechnungsrahmen für die jährlichen Kostenstrukturerhebungen und zur Durchführung von Strukturuntersuchungen (u.a. zur Feststellung der Konzentration in der Wirtschaft, der Exportabhängigkeit der Unternehmen, für Untersuchungen über die Homogenität und Heterogenität der Produktionsprogramme und als Unterlagen für die Aufstellung von Input-Output-Tabellen). Bis auf die zusätzlich in das Bandsatzschema aufgenommenen Angaben über die Lohn- und Gehaltsummen sowie den Umsatz in der Aufteilung nach In- und Ausland handelt es sich hierbei um Material, das von den Statistischen Landesämtern seit Jahren im Rahmen der Unternehmens- und Investitionserhebung bereitgestellt wird. Während hinsichtlich der ergänzenden Lieferung von Einzelangaben aus der Produktionsstatistik, und zwar jeweils des Jahresergebnisses je Warennummer unter Nachweis der daran beteiligten Betriebe, für Zwecke des Bundes bereits eine Übereinkunft mit den Statistischen Landesämtern erzielt ist, steht die abschließende Regelung für die Bereitstellung von Einzelangaben (Jahresergebnisse) je Unternehmen und Betrieb noch aus.

Den Ausführungen des Statistischen Bundesamtes, die Dr. Raabe im Hinblick auf die Bedeutung von Strukturuntersuchungen - insbesondere zur Konzentration in der Wirtschaft - unterstützt, hält Dr. Schein-graber entgegen, daß die Statistischen Landesämter ihre Zustimmung von der angekündigten schriftlichen Gesamtdarstellung dieses Problems abhängig machen müssen. Das Statistische Bundesamt sagt zu, diese Ausarbeitung den Statistischen Landesämtern zur abschließenden Stellungnahme so bald wie möglich zuzuleiten.

Als weiteren Punkt berührt die Diskussion kurz die Frage der Einbeziehung des zusätzlich aus den Statistiken im Produzierenden Gewerbe anfallenden Materials in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Dr. Hamer begrüßt es, daß mit der Einführung jährlicher Kostenstrukturstatistiken im Produzierenden Gewerbe künftig wichtiges zusätzliches Basismaterial für Zwecke der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in vereinheitlichter und kombinierbarer Form zur Verfügung steht. Damit wird auf längere Sicht u.a. auch ein Beitrag zur Erfüllung des von Dr. Raabe vorgetragenen Wunsches nach einer stärkeren Disaggregation der Sozialproduktsberechnung geleistet werden können. Hinsichtlich der von Prof. Krengel erhobenen Forderung, Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im Interesse der Benutzer der Zahlen auf das unumgänglich notwendige Maß zu beschränken, stellt Dr. Hamer klar, daß das Statistische Bundesamt seit jeher nach diesem Grundsatz verfährt. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß Revisionen zum Einbau neueren statistischen Materials aus nur in mehrjährigen Abständen stattfindenden Zählungen unentbehrlich sind. Trotz der erwähnten Verbesserungen im Bereich des Produzierenden Gewerbes wird - schon angesichts der weiterbestehenden erheblichen Lücken im statistischen Ausgangsmaterial für andere Bereiche - nach Abschluß der gegenwärtigen Revisionsarbeiten eine erneute Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen voraussichtlich Anfang bis Mitte der 80er Jahre nicht zu umgehen sein.

Abschließend wendet sich die Diskussion einigen Zukunftsaufgaben der amtlichen Statistik im Bereich des Produzierenden Gewerbes zu. Zunächst wird erneut die Möglichkeit der Einführung von viertel-jährlichen Lagerstatistiken erörtert. Die hierzu von Dr. Raabe vorgetragene Auffassung, daß in erster Linie methodische Probleme und Erfassungsschwierigkeiten einer Realisierung dieser Statistik ent-

gegenstehen, wird nicht von allen Beiratsmitgliedern geteilt. Angesichts verbesserter Möglichkeiten, die das Vordringen der elektronischen Datenverarbeitung in Buchhaltung und Rechnungswesen bietet, vertritt Dr. Hanau die Meinung, daß ein neuer Versuch unternommen werden sollte - ähnlich wie in den Vereinigten Staaten - auch in der Bundesrepublik kurzfristige Lagerstatistiken einzuführen. Dr. Peckolt verweist hierzu auf das Beispiel der eisenschaffenden Industrie, wo sich eine mengenmäßige Erfassung der Lagerbestände für wichtige Bereiche im Rahmen einer Verbandsstatistik bereits seit längerer Zeit bewährt hat.

Prof. Sobotschinski wendet hiergegen ein, daß die Voraussetzungen zur Erfassung der Lagerbestände zwischen den Branchen variieren und auch je nach Größe des Unternehmens unterschiedlich sind. Frühere Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes haben gezeigt, daß einzelne Wirtschaftszweige über relativ detaillierte Aufzeichnungen verfügen, während andere Branchen vor allem Schwierigkeiten bei der Aufteilung der Lagerbestände nach Warengruppen haben. Dr. Raabe sieht die hauptsächlichen Probleme ebenfalls darin, angesichts der Breite der Produktionsprogramme und der Sortimente eine repräsentative Warenauswahl zu treffen, die hochrechnungsfähige Ergebnisse liefert. Überdies muß nach seiner Auffassung eine Lagerbestandsstatistik neben den Eingangslägern auch die Ausgangsläger der Industrie erfassen und die Handelsstufe einbeziehen.

Frau Dr. Bartels hält es - angesichts des Interesses verschiedener Beiratsmitglieder an Fortschritten auf diesem Gebiet - für angebracht, den gesamten Fragenkomplex der Lagerstatistiken zunächst im Fachausschuß zur Diskussion zu stellen. Zu diesen Beratungen sollten - in Übereinstimmung mit Vorschlägen von Dr. Raabe und Dr. Oehler - schon in einem frühen Stadium die Organisationen des Handels hinzugezogen werden. Die Verbände sollten nach Auffassung von Dr. Mohr (StLA SchH) ferner dafür gewonnen werden, ihren Einfluß geltend zu machen, um nicht nur hinsichtlich neu einzuführender Statistiken, sondern auch in bezug auf das bestehende Arbeitsprogramm der Statistik auf eine Verbesserung der Auskunftsbereitschaft hinzuwirken. Diese Forderung wird von Frau Dr. Bartels im Hinblick auf falsche bzw. irreführende Behauptungen in der Presse über die Belastung der Auskunftspflichtigen durch die amtliche Statistik nachdrücklich unterstützt.

Als letztes Projekt greift Herr Nienhaus die Reform der Bautätigkeitsstatistik auf. Seine Frage nach dem Stand der Arbeiten beantwortet Prof. Sobotschinski mit dem Hinweis, daß die methodischen Überlegungen zur Neugestaltung dieser Statistik vom Statistischen Bundesamt bereits vor geraumer Zeit zum Abschluß gebracht werden konnten. Als nächster Schritt wird nunmehr eine gesetzliche Grundlage angestrebt. Hierfür ist u.a. noch die Zustimmung des Abteilungsleiterausschusses Statistik einzuholen.

2.3 Stand der Umweltstatistiken

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Statistische Beirat einen Bericht von Prof. Sobotschinski über den Stand der Arbeiten auf dem Gebiet der Umweltstatistiken zur Kenntnis. Danach liegen die Ergebnisse der zum 1. Januar 1975 durchgeführten Vorwegfassung über die Zahl der Abfallbeseitigungs-, Wassergewinnungs- und Kläranlagen vor. Vor der Veröffentlichung von Bundesergebnissen sind u.a. noch Fragen der statistischen Geheimhaltung zu klären.

Die übrigen durch das Gesetz über Umweltstatistiken für 1975 angeordneten Wasser-, Abwasser- und Abfallstatistiken sind angelaufen. Angesichts der Engpässe in den Statistischen Landesämtern war nicht zu vermeiden, daß sich Erhebungs- und Aufbereitungszeitraum gegenüber den ursprünglichen Terminvorstellungen verlängern. Nach Vorliegen der Ergebnisse wird zu prüfen sein, ob die bisherige Gliederung der Erhebung und das Erhebungsverfahren beibehalten werden können, oder ob im Interesse der Beschleunigung und Rationalisierung Vereinfachungen angebracht sind.

2.4 Ausbau der Bildungsstatistiken

Wie Herr Hansen - ergänzend zu den Ausführungen im Beiratsbericht - darlegt, sind die Bemühungen des Statistischen Bundesamtes auf dem Gebiet der Bildungsstatistik in erster Linie darauf gerichtet, eine weitere Aktualisierung der Ergebnisse zu erreichen und sie den Erfordernissen von Bildungsplanung und -politik anzupassen. Im Bereich der Schulstatistik konnten mit der Bereitstellung von Eckdaten über Schüler und Lehrer für das Schuljahr 1975/76 bereits gewisse Fortschritte erzielt werden. Problematisch bleibt weiterhin die Zuordnung der Lehrer zu den einzelnen Schulgattungen, die von erheblicher Bedeutung für die Berechnung der Schüler-/Lehrerrelationen ist.

Bei den Hochschulstatistiken ist mit der bereits im März 1976 erschienenen Veröffentlichung von Eckzahlen über Studienanfänger und Studenten für das Wintersemester 1975/76 aufgrund des neu eingeführten Schnellmeldesystems das Datenangebot der amtlichen Statistik ebenfalls aktualisiert und verbessert worden. Damit liegen vergleichbare Angaben über diesen Bereich lückenlos für den Zeitraum ab 1972 vor. Die weiteren Arbeiten konzentrieren sich darauf, die Kollektiverhebungen des Hochschulpersonals und der Prüfungen spätestens 1977 durch Individualerhebungen abzulösen sowie das Konzept verschiedener Hochschulstatistiken zu vereinfachen. Parallel hierzu werden die Vorbereitungen zur Einführung von Verlaufsstatistiken fortgeführt.

Auf dem Gebiet der Berufsbildungsstatistik zeichnen sich durch das in parlamentarischer Beratung befindliche Berufsbildungsgesetz erhebliche zusätzliche Anforderungen ab. Ungeachtet der noch ausstehenden gesetzlichen Regelung bemüht sich das Statistische Bundesamt darum, eine weitere Klärung der methodischen und technischen Vorfragen der Berufsbildungsstatistik herbeizuführen. Daneben werden die Bestrebungen zur Verbesserung der laufenden Statistiken über das Angebot an Ausbildungsplätzen fortgeführt.

Zu Beginn der Diskussion erkundigt sich Dr. Nellessen nach dem Verfahren zur Realisierung der im 2. Bericht des Ausschusses für die Hochschulstatistik ausgesprochenen Empfehlungen zur Einschränkung der Hochschulstatistik. Hierbei handelt es sich - wie Dr. Freund ausführt - um Vorschläge, auf bestimmte Merkmale bzw. Teile von Erhebungen zu verzichten. Diese Anregungen sollen in die Beratungen des Abteilungsleiterausschusses Statistik eingebracht und nach Einigung über den Umfang der Kürzungen in einem Änderungsgesetz berücksichtigt werden.

Die Erfahrungen mit dem Hochschulstatistikgesetz verpflichten nach Auffassung von Dr. Scheingraber die Statistischen Ämter, rechtzeitig auf die Schwierigkeiten der geplanten Berufsbildungsstatistik aufmerksam zu machen. Abgesehen von Vorbehalten hinsichtlich des methodischen Konzepts und der in Aussicht genommenen Termine für die neue Statistik hält er es für bedenklich, daß in dem Gesetzentwurf vorgesehen ist, finanzielle Auflagen an statistische Ergebnisse zu binden. Hierzu stellt Dr. Freund klar, daß die Umlage zur Finanzierung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen bereits gegenwärtig auf Grund des Materials der Arbeitsmarktstatistik zu berechnen

ist. In erster Linie wird die neue Berufsbildungsstatistik zur Ermittlung von Prognosedaten für den Berufsbildungsbericht der Bundesregierung benötigt. Hierbei geht das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft davon aus, daß die Einführung neuer Erhebungen beschränkt und stattdessen soweit wie möglich auf bereits vorhandene Daten - insbesondere bei den Kammerorganisationen - zurückgegriffen wird.

2.5 Stand der Arbeiten an der Beschäftigten- und Entgeltstatistik

In seinem Überblick über den aktuellen Stand der Arbeiten an der Beschäftigten- und Entgeltstatistik aufgrund der Unterlagen der Sozialversicherungsträger führt Dr. Schwarz aus, daß inzwischen Bestandsdaten für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsgruppen und -abteilungen sowie für ausländische Beschäftigte zum 30. Juni 1975 vorliegen und in Kürze auch für den Stichtag 30. September 1975 verfügbar sein werden. Neben der Aufbereitung der Vierteljahreszahlen, denen in der gegenwärtigen Konjunktursituation zur Beobachtung der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt besondere Bedeutung zukommt, werden auch Vorbereitungen für die Auswertung der Jahresdaten getroffen. Damit wird vor allem auch Material über Beschäftigungszeiten (innerhalb eines Jahres) sowie über die Entgelte der Beschäftigten anfallen. Zur schrittweisen Erfüllung des vereinbarten Grundprogramms der Beschäftigtenstatistik wird das Statistische Bundesamt das Datenmaterial umgehend auch den Statistischen Landesämtern für deren Auswertungsvorhaben zur Verfügung stellen.

Auf Frage von Dr. Raabe kündigt Dr. Schwarz an, daß in Kürze Zeitreihen über die vierteljährlichen Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik zusammengestellt werden sollen. Die Möglichkeiten einer beschleunigten Bereitstellung der Vierteljahreszahlen sind dagegen begrenzt, solange nicht die Überschreitungen der Meldefristen durch die auskunftspflichtigen Betriebe abgebaut werden können. Als Maßnahme zur Aktualisierung der Statistik wird deshalb - wie von Dr. Raabe angeregt - auch die Möglichkeit weiterzuverfolgen sein, über eine Stichprobenauswahl zu zeitnäheren Ergebnissen zu kommen.

Frau Wiese, die die Unterstützung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung zusichert, macht in diesem Zusammenhang auf die derzeit laufende Überprüfung der Ergebnisse der Beschäftigten- und

Entgeltstatistik auf Plausibilität sowie auf Untersuchungen hinsichtlich der Konsistenz mit den übrigen statistischen Angaben über die Erwerbstätigkeit aufmerksam. Hierbei geht es, wie Dr. Hamer ausführt, vor allem darum, die Gründe zu klären, warum die Zahlen aus der Beschäftigten- und Entgeltstatistik höher sind als vergleichbare Angaben aus anderen amtlichen Statistiken.

Weitere Wünsche an die Beschäftigtenstatistik sind - wie Diskussionsbeiträge von Dr. Benz und Dr. Markmann zeigen - auf eine möglichst baldige Bereitstellung von Regionalergebnissen gerichtet. Dr. Hanau legt besonderes Gewicht auf die Zusammenführung der Zahlen aus der Beschäftigtenstatistik mit dem Material aus den übrigen Erwerbstätigkeitsstatistiken, um so zu einem Gesamtbild der Erwerbstätigkeit zu kommen. Als besonders bedeutsam für die Arbeiten des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten stellt Herr Hix - insbesondere im Hinblick auf die Vergleichslohnberechnungen für den Agrarbericht der Bundesregierung - die zur Zeit noch nicht verfügbaren Angaben über die Jahresentgelte der Beschäftigten heraus.

Die Anregungen zusammenfassend, hält Frau Dr. Bartels fest, daß auch nach Meinung des Statistischen Beirats mit der Beschäftigten- und Entgeltstatistik ein beachtlicher Fortschritt in Richtung auf eine Verbesserung des erwerbsstatistischen Instrumentariums getan wurde. Für die weiteren Arbeiten wird es darauf ankommen, in enger Abstimmung zwischen allen Beteiligten die Planungen auf diesem Gebiet zu realisieren.

2.6 Weiterentwicklung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst

Der Statistische Beirat nimmt zu diesem Tagesordnungspunkt einen zusammenfassenden Bericht von Herrn Hansen über die mit der Weiterentwicklung der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst verfolgten Ziele und die wichtigsten Änderungen aufgrund der Novellierung des Gesetzes über die Finanzstatistik zur Kenntnis. Danach ist das aus diesen Statistiken anfallende zusätzliche Zahlenmaterial angesichts des starken Anwachsens der Personalausgaben im öffentlichen Bereich, im Hinblick auf die Bestrebungen zur Neuordnung des gesamten öffentlichen Dienst-, Tarif- und Besoldungsrechts sowie zur Ergänzung der neuen Beschäftigten- und Entgeltstatistik um die dort nicht berücksichtigte Gruppe der Beamten und Richter von besonderer Bedeutung.

Im einzelnen wurden durch die Novellierung der Berichtskreis der Personalstatistiken im öffentlichen Dienst auf bisher nicht einbezogene Träger öffentlicher Aufgaben und sonstige juristische Personen mit überwiegend öffentlicher Finanzierung ausgedehnt und die Zahl der zu erfassenden Merkmale erweitert. Von den neuen Erhebungen ist die jährliche Statistik der Versorgungsempfänger im Jahre 1974 angelaufen; für die Statistik über die Personalzu- und -abgänge sind zur Zeit die Anschreibungen bei den Berichtsstellen im Gange.

Für die berufliche Gliederung der Personalstatistik des öffentlichen Dienstes wurden ein einheitlicher Berufskatalog und besondere Zuordnungsdefinitionen erarbeitet, so daß bei rechtzeitiger Verabschiedung der notwendigen Rechtsverordnung das Personal ab 1977 jährlich auch nach Gruppen von Berufen erhoben werden kann. Angesichts des Zusammentreffens mit der ebenfalls im Jahre 1977 mit maximalem Erhebungsprogramm stattfindenden Statistik über den Personalstand sowie über die Versorgungsempfänger im kommunalen Bereich wird erwogen, in diesem Jahr statt der üblichen Berichtsstellenerhebung eine Individualerhebung durchzuführen. Hierfür werden zur Zeit die rechtlichen Voraussetzungen geprüft.

2.7 Die Arbeiten an der Statistischen Datenbank

Anknüpfend an die Darstellung im Beiratsbericht erinnert Dr. Jacob in seiner Einführung zu diesem Tagesordnungspunkt daran, daß durch die Statistische Datenbank neue Wege der Materialbereitstellung für Zwecke der Analyse und Prognose erschlossen werden. Über eine verbesserte Darbietung und Auswertung statistischer Ergebnisse soll damit das Dienstleistungsangebot der amtlichen Statistik wesentlich erweitert werden. Bei der Auswahl des Materials, das in aggregierter Form in die Datenbank aufgenommen werden soll, wurde von größeren Problemerkreisen ausgegangen. Neben dem Regionalstatistischen Minimalprogramm wurden ein Konjunkturstatistisches Programm und ein Programm "Lange Reihen" erarbeitet. Außerdem liegt der Entwurf eines Programms "Daten für Bildungsplanung und -politik" vor. Geplant sind ein auslandsstatistisches Programm und ein Programm Versorgungsbilanzen.

Das Schwergewicht der fachlichen Arbeiten im Statistischen Bundesamt lag in den letzten Jahren bei der Beschreibung der aufgenommenen Statistiken und Tatbestände sowie bei der manuellen Datenerfassung. Neben der Fortführung dieser Arbeiten werden in Zukunft

vor allem Probleme der Vergleichbarmachung und Umrechnung der einzuspeichernden Daten sowie die Aktualisierung bestehender und die Erarbeitung neuer Datenprogramme an Bedeutung gewinnen.

Zum Stand der Arbeiten am technischen Konzept der Datenbank führt Herr Zindler aus, daß die Programme für die Einspeicherung, Prüfung und Dokumentation der Daten fertiggestellt sind und bereits arbeiten. Ferner konnten die Vorbereitungen für die Umstellung der vorhandenen Programme und Kataloginhalte auf die neue große EDV-Anlage abgeschlossen werden, deren Installation im Statistischen Bundesamt für den Herbst 1976 vorgesehen ist. Hinsichtlich Betriebssystem und Kapazität wird diese Anlage für den Aufbau der Statistischen Datenbank im Statistischen Bundesamt erheblich verbesserte technische Möglichkeiten bieten.

Beträchtliche Fortschritte sind auch beim Aufbau des Analysesystems der Statistischen Datenbank erzielt worden, und zwar sowohl hinsichtlich des statistischen Auswertungssystems, das Datenauszüge, Tabellierungen, Umformungen und Druck von Tabellen gestattet, als auch hinsichtlich des mathematisch-statistischen Analyseteils, der die Anwendung der gebräuchlichsten Verfahren der mathematischen Statistik erlauben wird. Um den Zugang zur Datenbank und ihren Analysemöglichkeiten so einfach wie möglich zu machen, setzt das Konzept der Statistischen Datenbank beim Benutzer keine Programmierkenntnisse voraus. Dieser Zielsetzung dient die Entwicklung einer Spezifikations- und Tabellenbeschreibungssprache für das statistische Auswertungsprogramm und einer Benutzersprache für das mathematisch-statistische Analysesystem. Als weitere Maßnahme soll anschließend die Erarbeitung von Benutzerhandbüchern und die Vorbereitung von Kursen zur Benutzerschulung in Angriff genommen werden.

Als Fazit hält Frau Dr. Bartels fest, daß trotz der begrenzten Mittel, die für diese Aufgabe zur Verfügung stehen und die Einschränkungen gegenüber dem ursprünglichen Konzept unvermeidlich gemacht haben, die Vorarbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank nunmehr zu einem gewissen Abschluß gekommen sind. Die Auffassung von Dr. Freund, möglichst bald - zumindest in Teilbereichen - mit Testläufen in die praktische Erprobung einzutreten, beantwortet Herr Zindler mit der Ankündigung, daß die Datenbank voraussichtlich zum Jahresende 1976 betriebsbereit sein wird. In der Erprobungs-

phase soll zunächst die Zusammenarbeit mit den Benutzern intensiviert werden, um deren Erfahrungen und spezielle Wünsche für den weiteren Ausbau der Statistischen Datenbank nutzbar zu machen.

Dr. Freund äußert Bedenken, ob angesichts des - seiner Meinung nach - relativ begrenzten Bedarfs an komplizierten mathematischen Berechnungsmethoden und der hohen Ansprüche an die Benutzer das Analyse-system der Statistischen Datenbank ausreichend ausgelastet werden kann. Auf die Frage eingehend, warum nicht vor Beginn der Arbeiten der Bedarf durch eine Umfrage festgestellt worden sei, verweist Frau Dr. Bartels auf die unbefriedigenden Ergebnisse früherer Umfragen nach dem Datenbedarf der Datenbankinteressenten. Das Statistische Bundesamt hat daraufhin einen anderen Weg eingeschlagen und mit dem Konjunkturstatistischen Programm, dem Programm langer Reihen usw. von sich aus ein Leistungsangebot gemacht, das dann in Gesprächen mit den Konsumenten vervollständigt bzw. abgeändert worden ist. Ähnlich soll auch mit dem Analysesystem verfahren werden. Auf die Absicht, die üblichen, von vielen Benutzern verwendeten Auswertungsmethoden - und nur um diese gehe es - im Rahmen der Statistischen Datenbank zur Verfügung zu stellen, sei im übrigen von Anfang an in allen in Betracht kommenden Gremien hingewiesen worden.

Herr Legat äußert sich skeptisch hinsichtlich einer baldigen vollen Arbeitsfähigkeit von numerischen Datenbanken. Dr. Raabe hält angesichts der positiven Erfahrungen mit der Datenbank des Bundeswirtschaftsministeriums diese Skepsis für nicht gerechtfertigt. Dieselbe Auffassung vertritt Dr. Nellessen im Hinblick auf den Zuspruch, den die Landesdatenbank Rheinland-Pfalz gefunden hat. Schwerer wiegt nach seiner Auffassung, daß - gemäß den Ausführungen von Frau Dr. Bartels - derzeit noch aus haushaltsmäßigen Gründen auf die Einrichtung der Verbindungsstelle des Statistischen Bundesamtes in Bonn verzichtet werden muß. Nach dem Konzept des Statistischen Bundesamtes wäre dieser Stelle die Aufgabe zugefallen, beratende Funktion zu übernehmen und den Nachteil der räumlichen Entfernung der Statistischen Datenbank zu den wichtigsten Benutzern in Bonn zu überbrücken.

Negative Auswirkungen auf die Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank gehen nach Auffassung verschiedener Diskussionsteilnehmer auch von den Verzögerungen aus, die bei der Entwicklung des Konzepts zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesregierung einge-

treten sind. Mit Nachdruck weist vor allem Dr. Raabe auf die Notwendigkeit einer frühzeitigen, umfassenden Abstimmung hin, um ein optimales Zusammenspiel zwischen den verschiedenen bereits funktionsfähigen oder im Entstehen begriffenen Datenbanken herzustellen. Hierbei sollte vor allem darauf geachtet werden, daß sich die Statistische Datenbank beim Statistischen Bundesamt und die für spezielle Zwecke der Ressorts im Aufbau befindlichen Satellitendatenbanken im Rahmen eines arbeitsteiligen Konzepts gegenseitig ergänzen. Erforderlich ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch eine engere Koordinierung der Arbeiten an den statistischen Auswertungssystemen und -programmen, um Doppelarbeiten hinsichtlich der Entwicklung von Methoden zu vermeiden. Herr Menge, der sich dem Appell von Dr. Raabe und Dr. Nellessen anschließt, diese Grundprobleme möglichst umgehend zu lösen, weist ergänzend auf die Rückwirkungen der Wahl des technischen Zugriffsverfahrens auf die Datenbestände in der Statistischen Datenbank und der maschinellen Ausrüstung der Benutzer hin. Hier müssen u.a. frühzeitig haushaltsmäßige und technische Voraussetzungen für eine entsprechende Ausstattung der Ressorts geschaffen werden. Darüber hinaus ist die Kompatibilität der technischen Anlagen auch bedeutsam für den Benutzerverkehr zwischen den Datenbanken der Ressorts. Auf diesem Gebiet wäre deshalb eine stärkere Einschaltung der Koordinierungs- und Beratungsstelle für die elektronische Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung beim Bundesministerium des Innern (KBSt) dringend geboten.

Die Forderung von Dr. Raabe aufgreifend, das Statistische Bundesamt solle eine Pionierrolle bei der Koordinierung übernehmen, geht Frau Dr. Bartels näher auf die Problematik dieser Aufgabenstellung ein. Sie weist darauf hin, daß dem Statistischen Bundesamt für diese Zwecke neben dem Personal u.a. auch die notwendigen Kompetenzen fehlen. Das Statistische Bundesamt hat jedoch in den vergangenen Jahren sehr intensiv mit dem für die Entwicklung eines ressortübergreifenden Konzepts für ein Datenbanksystem der Bundesregierung zuständigen Bundesinnenministerium zusammengearbeitet und ihm Ausarbeitungen für den numerischen Teil dieses Systems geliefert. Darüber hinaus wurde beim Erfahrungsaustausch mit den Statistischen Landesämtern besonders auf eine Abstimmung zwischen Bundes- und Länderinteressen geachtet. Mit Vorrang hat sich das Statistische Bundesamt allerdings darauf konzentrieren müssen, die eigentlichen Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank voranzutreiben. Es ist dabei von der Über-

legung ausgegangen, in Übereinstimmung mit den Absprachen im Fachausschuß "Statistische Datenbank" das Konzept schrittweise zu realisieren und den Benutzern ein erstes Datenangebot zu unterbreiten.

Herr Pohl gibt ergänzend zu bedenken, daß das Bundesministerium des Innern soweit wie möglich auf die Koordinierung der Arbeiten am Aufbau von Datenbanken in den verschiedenen Bereichen hingewirkt hat und auf eine entsprechende Information und Abstimmung aller Beteiligten bedacht war. Allerdings sollte nicht vergessen werden, daß bei den Planungen zur Entwicklung eines Informationssystems der Bundesregierung z.T. Neuland betreten wurde. Angesichts der schwierigen verfassungsrechtlichen, organisatorischen und technischen Fragen, die durch dieses Vorhaben berührt werden, ist eine umfassende Lösung nur auf längere Sicht zu erarbeiten. Mit der Entwicklung des Konzepts für das Arbeitsprogramm zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesverwaltung (APIS), über das die Ressorts unterrichtet sind, wurde jedoch ein wichtiges Zwischenergebnis erreicht.

Bei den weiteren Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank muß es nach Ansicht von Dr. Raabe nun in erster Linie darum gehen, die Frage des Zugriffs und Abrufs von Daten und der Kombinationsfähigkeit mit Material aus anderen Datenbanken zu regeln. Eine Umfrage ergibt, daß für eine Beteiligung an einem kleinen Arbeitskreis, der sich mit diesem Fragenkomplex befassen soll, auf Bundesebene in erster Linie die wichtigsten Ressorts, die über eine eigene Datenverarbeitungsanlage verfügen bzw. Zugang zu ihr haben, die Deutsche Bundesbank und ausgewählte wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute in Frage kommen. Die Einschaltung der Statistischen Landesämter wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für erforderlich gehalten; allerdings sollten sie - einem Vorschlag von Herrn Benker folgend - über die Ergebnisse der Beratungen und die Erfahrungen auf dem laufenden gehalten werden. Noch zu prüfen ist, ob sich der Arbeitskreis auch mit dem Problem der Angleichung von Methoden im Rahmen der statistischen Auswertungsprogramme befassen soll, oder ob hierzu die Einsetzung eines weiteren Arbeitskreises erforderlich ist. Wie Frau Dr. Bartels ausführt, versteht es sich von selbst, daß diese Überlegungen in enger Abstimmung mit dem Bundesministerium des Innern durchgeführt werden, von dem das Statistische Bundesamt auch Unterstützung bei seinen weiteren Arbeiten und bei der Auswertung der Vorschläge des Statistischen Beirats erhofft.

Die in der Diskussion von Dr. Pfleiderer mehrfach nachdrücklich vertretene Forderung, bereits vor der Eröffnung der Statistischen Datenbank Material auf Datenträgern - insbesondere in Form von Langen Reihen - einer problemorientierten Auswertung für Zwecke seines Ministeriums zugänglich zu machen, birgt nach Auffassung von Frau Dr. Bartels die Gefahr einer weiteren Zersplitterung der Arbeiten in sich. Sie bittet um Verständnis dafür, daß dem Statistischen Bundesamt daran liegen muß, bei begrenzter Arbeitskapazität seine Kräfte auf die vordringlichsten Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank zu konzentrieren und auf Sonderwünsche erst in einem späteren Stadium einzugehen. Dies gilt auch, wenn es sich - wie von Dr. Raabe erwähnt - bei der Bereitstellung nur um eine weniger aufwendige zusätzliche Dienstleistung handelt, beispielsweise um Such- und zusätzliche Ablocharbeiten im Ministerium zu vermeiden. Um alle Möglichkeiten auszuschöpfen, regt Frau Dr. Bartels abschließend an, in Gesprächen mit dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und dem Bundesministerium für Wirtschaft zunächst den Bedarf an vordringlich benötigten Zahlen zu klären und darauf aufbauend Lösungsvorschläge zu diskutieren.

2.8 Veröffentlichungen

Die Ausführungen im Bericht über die Arbeiten des Statistischen Bundesamtes 1971 - 1976 nimmt der Statistische Beirat ohne Aussprache zur Kenntnis.

3. Sonstige allgemeine Aufgaben im Rahmen der Amtsarbeit

Zu dem Unterpunkt "Verbesserung der Arbeitsorganisation" gibt das Statistische Bundesamt auf Wunsch von Herrn Hix zusätzliche Erläuterungen über die Erfahrungen mit dem neuen Meldesystem zur Unterrichtung über drohende Terminverzögerungen bei dezentralen Statistiken und seine Auswirkungen auf die termingerechte Bereitstellung der Ergebnisse. Herr Zindler weist darauf hin, daß für die Einführung dieses Systems, das sich zunächst auf ausgewählte Statistiken beschränkt, der Gedanke maßgebend war, Terminüberschreitungen so frühzeitig zu erkennen, daß Maßnahmen zur Abhilfe noch Erfolg versprechen. Damit besteht - wie Frau Dr. Bartels zusammenfassend ausführt - erstmals ein einheitliches Terminüberwachungssystem als Frühwarnsystem, das in bestimmten, eng umgrenzten Engpaßsituationen gezielte Hilfs- und Überbrückungsmaßnahmen anderer

Landesämter bzw. des Statistischen Bundesamtes erst möglich macht. Allerdings sollte nicht übersehen werden, daß durch derartige punktuelle Hilfen große Leistungsunterschiede zwischen einzelnen Statistischen Landesämtern nicht ausgeglichen und auch schwerwiegende Terminverzögerungen nur geringfügig gemildert werden können.

Aus dieser Situation leitet Dr. Raabe die Forderung ab, bei drohenden Terminverzögerungen künftig rechtzeitig auch die zuständigen Bundesressorts zu informieren, damit diese durch Einwirkung auf die Länder ggf. für Abhilfe sorgen oder zumindest die spezielle Bedeutung statistischer Ergebnisse für Bundeszwecke herausstellen können. Frau Dr. Bartels wendet hiergegen ein, daß ein solches Vorgehen allenfalls in Ausnahmefällen in Frage kommen kann. Unter Hinweis auf die unterschiedlichen Verhältnisse in den einzelnen Bundesländern sprechen sich auch Dr. Benz und Herr Benker für ein differenziertes Vorgehen aus, das insbesondere auf die Arbeitsteilung zwischen Statistischen Landesämtern und Landesrechenzentren bzw. -datenzentralen Rücksicht nehmen muß.

Als weiteres Teilproblem bringt Herr Legat die Frage der Bereitstellung von Länderergebnissen über die monatliche Straßenverkehrsunfallstatistik für Bundeszwecke zur Sprache. Angesichts der politischen Bedeutung dieser Zahlen appelliert er an die Statistischen Landesämter, diese Informationen zum gleichen Zeitpunkt, in dem sie der Öffentlichkeit übergeben werden, auch dem Bundesverkehrsministerium zugänglich zu machen. Wie die Diskussion zeigt, steht das von den Statistischen Landesämtern freigegebene statistische Zahlenmaterial auf Anforderung allen Interessenten zur Verfügung, wobei - wie Dr. Mohr (StLA SchH) ausführt - die Gleichbehandlung oberstes Gebot ist. Im Falle der Straßenverkehrsunfallstatistik, deren Berichtsweg über die Polizeidienststellen läuft, kann allerdings nach Auffassung von Herrn Benker und Dr. Scheingraber eine Herausgabe von Daten durch diese Behörden von den Statistischen Ämtern nicht verhindert werden. Für den Bereich der amtlichen Statistik sieht Frau Dr. Bartels das Hauptproblem darin, daß die Landesergebnisse nicht - wie wünschenswert - überall zum gleichen Termin verfügbar sind, sondern zum Teil erst mit erheblichen Verzögerungen bereitstehen. Dabei kann, wie Herr Kunz ergänzend ausführt, davon ausgegangen werden, daß die Interessenten - je mehr die Bereitstellungstermine auseinanderfallen - behelfsweise eigene Berechnungen aus dem bereits verfügbaren Material einzelner Landesämter anstellen. Ohne Angleichung der Ter-

mine dürfte somit eine generelle Lösung dieses Problems kaum zu erreichen sein.

4. Schwerpunkte der Zusammenarbeit des Statistischen Bundesamtes mit internationalen Organisationen auf dem Gebiet der Statistik

Zu diesem Teilgebiet der statistischen Arbeit werden vom Statistischen Beirat keine zusätzlichen Erläuterungen gewünscht.

III. Verschiedenes

Unter diesem Tagesordnungspunkt werden auf Wunsch des Statistischen Bundesamtes die Frage der Vertretung der theoretischen Statistik im Statistischen Beirat und die Wahl des Themas für die nächste Beiratssitzung erörtert.

Der Vorschlag, zu den Sitzungen des Statistischen Beirats künftig als Gäste zwei Hochschullehrer einzuladen, geht - wie Frau Dr. Bartels ausführt - auf Wünsche der Deutschen Statistischen Gesellschaft und der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (Verein für Socialpolitik) zurück. Das Statistische Bundesamt unterstützt im Interesse einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Hochschulen diese Bestrebungen, die auch bei der anstehenden Novellierung des Statistischen Gesetzes berücksichtigt werden sollen. Trotz der negativen Auswirkungen einer Erweiterung des Teilnehmerkreises und gewisser Bedenken hinsichtlich der unterschiedlichen Voraussetzungen, von denen theoretische und amtliche Statistik ausgehen, erklärt sich der Statistische Beirat mit dem Vorschlag des Statistischen Bundesamtes einverstanden.

Zur Wahl des Themas für die nächste Beiratstagung liegt ein schriftlicher Vorschlag von Herrn Caprasse vor, den Komplex der Verkehrsstatistiken zur Diskussion zu stellen. Aus dem Statistischen Bundesamt kommt die Anregung, die Ausländerstatistik zu behandeln. Dr. Raabe erneuert seinen bereits auf früheren Beiratstagungen vorgetragenen Wunsch, die Frage der Geheimhaltung und des allgemeinen Datenschutzes - insbesondere im Zusammenhang mit dem Aufbau von Datenbanksystemen - zu erörtern. Nachdem sich in diesem Bereich gewisse Klärungen abzeichnen, sagt Frau Dr. Bartels zu, diesen Vorschlag aufzugreifen. Sie verbindet

damit die Aufforderung an die Beiratsmitglieder, weitere Anregungen dem Statistischen Bundesamt ggf. schriftlich mitzuteilen.

Mit dem Dank für die rege Beteiligung an der Diskussion sowie für die vielfältigen Anregungen schließt Frau Dr. Bartels die 23. Tagung des Statistischen Beirats.